Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannesgasse 33.
Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 5—6 Uhr.
(Für die Rückgabe eingesendeter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.)

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.

In den Filialen für Ins.-Annahme:
Otto Klemm, Universitätsstraße 21,
Louis Lösche, Katharinenstraße 18, p.
nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Auflage 18,750.
Abonnementspreis viertelj. 4½ Mk.
incl. Bringerlohn 5 Mk., durch die Post bezogen 6 Mk. Jede einzelne Nummer 20 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen (in Tageblatt-Format gefalzt) ohne Postbeförderung 39 Mk. mit Postbeförderung 48 Mk.
Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut uns. Preisverzeichniß. Tabellarischer u. Ziffernsatz nach höherm Tarif.
Reclamen
unter dem Redactionsstrich die 4gespalt. Zeile 50 Pf., vor den Familiennachrichten die 6gespaltene Zeile 40 Pf.
Inserate sind stets an die Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben. Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 8. Donnerstag den 8. Januar 1885. 79. Jahrgang.

Amtlicher Theil.

Bekanntmachung.

Die diesjährige **Neujahrsmesse** endet mit dem 15. Januar. An diesem Tage sind die Buden und Stände auf den Plätzen der inneren Stadt bis Nachmittags 4 Uhr vollständig zu räumen und bis spätestens 8 Uhr Morgens des 16. Januar zu entfernen.

Die auf dem Augustusplatze und auf den öffentlichen Wegen und Plätzen der Vorstadt befindlichen Buden und Stände sind bis Abends 8 Uhr des 15. Januar zu räumen und am 16. und 17. Januar, jedoch lediglich während der Stunden von früh 6 bis Abends 7 Uhr, abzubrechen und wegzuschaffen.

Die Abtragung und Wegschaffung der an der **nördlichen Planke des Museums** aufgestellten Buden ist, weil der Platz, auf welchem sie stehen, als Abfuhrweg benutzt werden muß, bereits am 16. Januar Morgens 6 Uhr zu beginnen und bis 9 Uhr Vormittags zu beenden.

Zuwiderhandlungen gegen diese Vorschriften, für welche beziehentlich auch die betreffenden Bauhandwerker oder Bauunternehmer verantwortlich sind, werden mit Geldstrafe bis zu 150 ℳ oder entsprechender Haftstrafe geahndet werden.

Uebrigens haben Säumige auch die Obrigkeitswegen zu verfügende Beseitigung der Buden zu gewärtigen.

Leipzig, am 5. Januar 1885.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Hennig.

Holzauction.

Freitag, den 9. Januar 1885, sollen auf dem diesjährigen Mittelwaldschlage, in Abtheilung 11c und 14a des **Burgauer** Forstreviers am Leutzsch-Wahrener Fahrweg und den Militairschießständen

23 Rmtr. Eichen-**Nutzscheite** I. Cl.,
4½ " " **Nutzscheite** II. Cl.
189 " Eichen-, 35 " Buchen-, 10 " Ahorn-, 63 " Rüstern-, 3 " Eschen-, 17 " Linden- und 4 " Aspen- **Brennscheite,**

unter den öffentlich aushängenden Bedingungen und der üblichen Anzahlung an den Meistbietenden verkauft werden.

Zusammenkunft früh 9 Uhr auf obigem Schlage an Leutzsch-Wahrener Fahrweg und der Fluthrinne.

Leipzig, am 24. December 1884.

Des Raths Forstdeputation.

Thomasschule.

Anmeldungen für die nächste Osteraufnahme werden am 9. und 10. Januar 1885 von 10 bis 1 Uhr Vorm. entgegengenommen.
Die letzte Censur ist vorzulegen.

Leipzig, am 20. December 1884. Dr. Jungmann.

Nichtamtlicher Theil.

Zum Wiederzusammentritt des Reichstages.

Nach dreiwöchiger Pause nimmt der Reichstag heute seine Thätigkeit wieder auf. Es sind dieselben Abgeordneten, welche sich im Reichstagsgebäude wieder zusammenfinden, nur der Abgeordnete v. Forckenbeck und ein Socialdemokrat sind neu eingetreten in den Reichstag, und doch ist dieser während der dreiwöchigen Unterbrechung seiner Thätigkeit ein anderer geworden. Das Außerordentliche ist geschehen, daß ein großer und maßgebender Theil des deutschen Volkes Widerspruch erhoben hat gegen diejenige Art von Volksvertretung, welche die deutschfreisinnige Partei und das Centrum neben den Socialisten und den antideutschen Parteien des Reichstages seit dem 30. November beliebt haben. Die nationalgesinnten Bestandtheile des deutschen Volkes haben laut und vernehmlich erklärt, daß sie mit der Politik des Reichskanzlers, insbesondere mit seiner Führung der auswärtigen Angelegenheiten einverstanden und daß sie stolz darauf sind, einen solchen Staatsmann an der Spitze zu haben, sie wollen ihm deshalb die Mittel im vollsten Maße gewähren, deren er zur Führung seiner Politik gebraucht, nicht blos zur Besoldung der erforderlichen Beamten, sondern auch zur Durchführung der begonnenen Colonialpolitik. In ganz unzweideutiger Form ist bei allen Kundgebungen der letzten drei Wochen die Freude des deutschen Volkes über das feste Auftreten Deutschlands in Westafrika und in Australien hervorgetreten. Man will nichts von Sparsamkeitsrücksichten hören, wo es sich darum handelt, die deutschen Interessen in fernen Ländern in einer der Macht und Größe Deutschlands würdigen Form wahrzunehmen; wir schämen uns, wenn der deutsche Reichstag das Gehalt des Generalconsuls in Capstadt um 6000 ℳ kürzt, wenn er dem Generalconsul in Korea die gleiche Summe für den Dolmetscher entzieht, oder wenn die geforderten Gehälter für drei neue Viceconsuln in der Südsee gestrichen werden. Es war damit ohnehin schon nur das Unerläßliche geschehen, um den deutschen Interessen in überseeischen Ländern Genüge zu leisten, trotzdem glaubte der Reichstag auch daran noch Abstriche machen zu dürfen, ohne dafür auch nur Scheingründe beibringen zu können. Wer erinnert sich nicht noch der Bemerkungen von Windthorst und anderer Abgeordneten: Ja, wenn wir gewußt hätten, wie theuer das Leben in Capstadt ist, würden wir die 30,000 ℳ für den Generalconsul bewilligt haben! Natürlich werden sich die Herren vom Centrum und von der deutschfreisinnigen Partei auch bereit finden lassen, die drei Viceconsuln im Bereich des Südseearchipels zu genehmigen, nachdem sie wissen, daß der Nordosten von Neu-Guinea, Neu-Britannien, Neu-Irland und die Admiralitätsinseln unter deutschen Schutz gestellt sind. Nach der Auffassung dieser Herren ist der Leiter der Auswärtigen Politik verpflichtet, dem Reichstage zu sagen: Ich beabsichtige, diese und diese Gebietstheile unter Reichsschutz zu stellen, und dazu brauche ich eine gewisse Anzahl von Beamten, welche die Interessen Deutschlands an diesen Punkten der Erde vertreten. Eine derartige Mittheilsamkeit in Sachen der Auswärtigen Politik ist auf der ganzen Welt nicht Sitte und kann deshalb auch in Deutschland nicht zur Regel erhoben werden, unter solchen Verhältnissen hört eben Alles auf. Dem Reichstag mußten die Andeutungen genügen, welche der Reichskanzler in der Sitzung der Commission für die Postdampfervorlage am 23. Juni gegeben hat. Er sagte damals, daß auch noch andere Handelsniederlassungen unter Reichsschutz gestellt werden würden außer Angra Pequena, aber das genügte den Herren Reichsnörglern natürlich nicht, sie wollten Alles ganz genau wissen, damit es an die große Glocke gehängt und dadurch die beabsichtigte Action überhaupt unmöglich gemacht würde. Schon daß die Corvette „Elisabeth“ nach Australien abging, konnte den wißbegierigen Herren ein Licht aufstecken über Das, was bevorstand, aber so viel Scharfsinn kann man den Herren Budgetkritikern natürlich nicht zumuthen, daß sie derartige Thatsachen mit den Andeutungen des Reichskanzlers combinirten. Nun ist freilich das Geschehene noch wieder gut zu machen, die Abstriche für die Consuln in Capstadt, Korea und in der Südsee sind erst in zweiter Lesung erfolgt, die dritte Lesung kann den Schaden wieder gutmachen. Aber welchen Eindruck muß ein solches Verfahren des Reichstages im Auslande machen zu einer Zeit, da die afrikanische Conferenz in Berlin tagt! Das haben die Wähler herausgefühlt, und darum haben sie Widerspruch erhoben gegen das Gebahren der Oppositionsparteien, und dieser Widerspruch hat Eindruck gemacht.

Viele Hunderte von Zustimmungsadressen sind dem Reichskanzler aus Anlaß der Abstimmungen des Reichstages vom 15. und 16. December 1884 aus allen Theilen Deutschlands, ja selbst aus dem Auslande von dort lebenden Deutschen zugegangen, und noch immer wird von neuen gleichartigen Kundgebungen berichtet, welche den untrüglichen Beweis liefern, daß hier eine freiwillige Bewegung ohne Gleichen vorliegt, gegen welche die Getadelten sich nicht einmal zu vertheidigen wagen, weil sie fühlen, daß sie damit ihre Niederlage nur noch schwerer, ihre Wiederwahl überhaupt unmöglich machen würden. An diese Bewegung schließt sich bereits eine neue an. Aus Witten und aus der Pfalz ertönt der Ruf zur Sammlung einer Ehrengabe an den Reichskanzler zu seinem bevorstehenden 70jährigen Geburtstage und 50jährigen Jubiläum, deren Verwendung zu colonialpolitischen Zwecken anheimgestellt wird. Also wiederum derselbe Grundzug, welcher die Wählermassen leitete, als sie in die Adreßbewegung eintraten. Das deutsche Volk in seinen breiten Mittelschichten will nichts wissen von dem Staatsrecht der Bamberger und Richter von Bedürfniß- und Rentabilitätsnachweis, sondern es will dem Reichskanzler mit vollen Händen die Mittel gewähren, damit er in den Stand gesetzt wird, die von ihm begonnene Colonialpolitik kräftig durchzuführen. Die Elberfelder haben dem Fürsten Bismarck bereits zu Weihnachten 20,000 ℳ für den neuen Director im Auswärtigen Amte übersandt, und es läßt sich mit Sicherheit erwarten, daß am 1. April große Summen zur Verfügung stehen werden, welche den Reichskanzler in den Stand setzen, Alles, was er auf diesem Gebiete anstrebt, durchzuführen. Ob die gesammelten Beträge zu dem gedachten Zweck wirklich zur Verwendung gelangen oder nicht, darauf kommt es nicht in erster Linie an, jedenfalls sind sie ein classisches Zeugniß für die im deutschen Volk herrschende Stimmung, und diese Stimmung ist den Oppositionsparteien im Reichstage geradezu entgegengesetzt.

Auf der Tagesordnung der heutigen Reichstagsitzung steht der Nachtragsetat mit der Forderung für den Gouverneur von Kamerun. Das gehört in dieselbe Reihe wie die Forderung für die Consuln in Capstadt, Korea und auf den Südseeinseln, wie die Postdampfervorlage und die Forderung für den Director im Auswärtigen Amte; jede neue Streichung auf diesem Gebiete würde einen neuen Sturm der Entrüstung im deutschen Volke entfesseln, und die Oppositionsparteien würden zu ihrem Schaden erkennen, daß sich die öffentliche Meinung immer entschiedener von ihnen zurückzieht. Wenn der Reichskanzler jetzt vor den Reichstag tritt und die Kundgebungen, welche ihm in den letzten vierzehn Tagen zugegangen sind, vor ihm ausbreitet, wenn er den Beweis liefert, daß die Wähler anders denken als viele Abgeordnete, welchen Eindruck muß das auf die Gewählten hervorbringen! Wir haben bereits auseinandergesetzt, daß das Ergebniß der paar Nachwahlen an der Thatsache nichts zu ändern vermag, daß ein großartiger Umschwung im deutschen Volke sich zum Theil schon vollzogen hat und weiter in der Entwicklung begriffen ist, welcher die Abwendung von den deutschfreisinnigen Abgeordneten in sich schließt und die Rückkehr zu den nationalen Bestrebungen, welche dem Reichskanzler bis zum Jahre 1878 die Mehrheit sicherten. Fürst Bismarck hat in der That heute diese Mehrheit wieder auf seiner Seite, und wenn heute Neuwahlen ausgeschrieben würden, so würde der neue Reichstag wahrscheinlich ein ganz anderes Gesicht zeigen als der jetzige. Solche Bewegungen gehen bis auf den Grund und von ihnen werden Kreise ergriffen, welche bis dahin noch theilnahmlos oder grollend bei Seite standen. Diese Erwägung wird voraussichtlich zur Folge haben, daß die abgelehnten Forderungen für Colonialzwecke in der dritten Lesung bewilligt werden. Wenn die Bewegung vorläufig diese Wirkung hat, so ist damit der vorliegende Zweck erreicht; was weiter daraus sich ableiten wird, kann ruhig abgewartet werden.

Leipzig, 8. Januar 1885.

* Ihre Majestäten der **Kaiser** und die **Kaiserin** haben dem **Berliner Magistrate** auf die beim Jahreswechsel an Allerhöchstdieselben gerichteten Glückwunsch-Adressen die nachstehenden **Antwortschreiben** zukommen lassen:

„Durch die Adresse, welche der Magistrat aus Anlaß des Jahreswechsels an Mich gerichtet hat, bin Ich wiederum hoch erfreut worden. Ihre Glückwünsche zum neuen Jahre, welche Mir an diesem Zeitabschnitt zum Bedürfniß geworden sind, haben darin einen warmen Ausdruck gefunden; Ich fühle Mich gedrungen, sie mit dem aufrichtigsten Danke zu erwidern. Mit ungetrübtem Blick schaue Ich in das vergangene Jahr zurück, das sich in Meinem Hause und für das gesammte Land als ein gesegnetes erwiesen hat. Wie Ich des Allmächtigen Gnade preise, welche die Kaiserin, Meine Gemahlin, mit neuer Stärke zu erneuertem Wirken ausrüstet, so erkenne Ich dankerfüllt an Mir selbst das Walten der göttlichen Vorsehung, welche Mich an Meinem Lebensabend durch Erhaltung Meiner Kräfte zu pflichttreuer Ausübung des königlichen Berufes befähigt. Wenn Ich darin selbst Anstrengungen und Beschwerden nicht scheue, so finde Ich außer der eigenen Befriedigung, welche jede ernste Arbeit im Gefolge bringen gewährt, Ermuthigung dazu in dem Bewußtsein, daß sie der Förderung nationaler Wohlfahrt gewidmet sind, und durch treue Liebe Meines Volkes reich vergolten werden. Getragen von solchem Vertrauen, gereicht es Mir zur besonderen Freude, daß Meine Bemühungen um die Befestigung des Friedens durch die persönliche Begegnung mit den beiden Herrschern unserer großen Nachbarstaaten von glücklichem Erfolge begleitet gewesen sind. In der Bürgschaft des äußeren Friedens liegt zugleich die Gewähr für eine segensreiche Entwickelung der inneren Verhältnisse. Bei der Lösung dieser zwar umfassenden, aber auch dankbaren Aufgabe wird der Magistrat in der Fürsorge für die zunehmenden Erfordernisse der Reichshauptstadt nicht zurückbleiben. Ich werde Sein Bestreben, das gemeinsame Interesse der Mitbürger zu fördern und mit bessernder Hand für das vielgestaltete Gemeinwesen Berlins neue durchgreifende Einrichtungen zu treffen, stets mit dem lebhaftesten Antheil begleiten.

Berlin, den 5. Januar 1885. gez. **Wilhelm.**“

„Mit aufrichtigem Dank beantworte Ich den Glückwunsch des Magistrats, indem Ich der Freude über die an der Schwelle des neuen Zeitabschnitts Mir wiederum gewidmete Begrüßung herzlichen Ausdruck verleihe. Meine schwankende Gesundheit hat es Mir freilich nicht gestattet, den Verpflichtungen Meines Lebens Berufes in dem früheren Umfange zu entsprechen und doch gewähren die in dem Schreiben ausgesprochenen Worte Mir die Genugthuung, daß Meine Bemühungen in diesem Sinne verständnißvoller Theilnahme begegnen. Diese werde Ich auch im beginnenden Jahre für jedes Streben erwidern und bethätigen, welches die Gegensätze unserer Zeit zu lindern, barmherzige Liebe zu unterstützen und gemeinnützige Werke zu fördern bemüht ist. Möchte, wie im vergangenen Jahre, so auch in der nächsten Zukunft, Gottes Hand über dem Kaiser, über der Hauptstadt, wie über dem gesammten deutschen Vaterlande schützend ausgebreitet sein.

Berlin, den 4. Januar 1885. gez. **Augusta.**“

* Die „**Norddeutsche Allgemeine Zeitung**“ schreibt an leitender Stelle:

Unter dem Titel „Unsere Politik in Südafrika“ veröffentlicht die „Times“ einen Artikel, wonach die englische Regierung Port Durnford und die Bai von Santa Lucia unter britische Oberhoheit gestellt hat. Veranlassung zu diesem Schritte hätte, nach dem englischen Blatte, der Umstand gegeben, daß der deutsche Reisende Einwald für die Firma Lüderitz Lucia-Bai und 100,000 Acres Land vom König Dinizulu käuflich erworben und daß auch in Amatonga große Landkäufe für deutsche Rechnung in Aussicht genommen wären. Auf diese Weise würde aber, wie auch die Berliner „National-Zeitung“ schon hervorgehoben habe, eine ununterbrochene Kette von deutschen und Boeren-Besitzungen gebildet werden, die sich vom Atlantischen bis zum Indischen Ocean erstrecken werde. — Die „Times“ ist des Lobes voll für die Energie der englischen Regierung, deren schleunige Action die Bismarck'schen Pläne durchkreuzt habe.

„Einige Politiker — fährt das genannte Blatt fort — behaupten, daß wir in Süd-Afrika von der deutschen Nachbarschaft ebensowenig zu fürchten haben, wie Australien von den deutschen Operationen im Stillen Ocean. Aber die Sachen liegen in Afrika anders als in Australien. In Süd-Afrika treten ohnedies schon so viele Rassen- und Interessen-Rivalitäten in den Vordergrund, daß es dort für die Aufrechterhaltung der Ordnung und des Friedens nothwendig ist, Verwicklungen der europäischen Mächte unter sich zu vermeiden. Die Küste von Amatonga, zwischen Lucia-Bai und den portugiesischen Besitzungen steht rechtmäßig — wenn auch noch nicht thatsächlich — unter britischer Jurisdiction, und das Foreign Office sollte nicht unterlassen, ungesäumt Maßregeln zu ergreifen, welche die englischen Hoheitsrechte über alles Land zwischen Natal und der portugiesischen Grenze bei Delagoa-Bai außer Frage stellen.“

Um dies zu begründen, citirt die „Times“ aus ihren eigenen Spalten die Aeußerungen eines Correspondenten, der sich dort unter dem Pseudonym „Africander“ hat vernehmen lassen und der überall englische Hoheitsrechte proclamirt sehen will, um die Deutschen zu verhindern, an irgend einem Puncte festen Fuß zu fassen, der ihnen gestatten könnte, sich später in die Zulu- und Transvaal-Angelegenheiten einzumischen; um aber dem unbekannten „Africander“ Autorität zu verleihen, kommt die „Times“ sodann wieder auf die bereits angeführten Auslassungen der „National-Zeitung“ zurück, in denen das Cityblatt einfach die Offenbarung der geheimen Pläne der deutschen Regierung erblicken will. Die „National-Zeitung“ wird sich wundern, plötzlich das Organ der auswärtigen Politik des Fürsten Bismarck geworden zu sein. Aber die „Times“ legt es ihr auf den Kopf zu. Ja, der Reichskanzler würde — wie die „Times“ ganz genau weiß — seine für England so verderblichen Pläne längst ausgeführt haben, wenn er nur eine Dampferlinie zu seiner Verfügung gehabt hätte. Die Dampfersubvention bezweckt somit nicht Anderes, als den englischen Einfluß in Afrika zu ruiniren.

Die „Times“ weiß ferner, daß in Berlin Geld gesucht wird, um die Eisenbahn zwischen Delagoa-Bai und Transvaal zu bauen. Diese Eisenbahn würde aber Landstriche durchschneiden, in denen man bereits Gold gefunden hat. Deshalb mahnt die „Times“ die englische Regierung, auf ihrer Hut zu sein gegen die von der „National-Zeitung“ offenbarten deutschen Einmischungsgelüste, und giebt zu bedenken, ob es sich nicht empfehlen dürfte, die Regierung des ganzen Zululandes in die Hand zu nehmen. — Die eingeborene Bevölkerung, die so viel von inneren Zwistigkeiten zu leiden hat, hauptsächlich weil es in Afrika zu viele verschiedene Herrschaften giebt, werde sich ungleich besser befinden, wenn sie sich „harmonisch“ zu einem Ganzen vereinigen wollte. England aber ist es, so behauptet die „Times“, das vor allen andern Ländern geeignet wäre, diese Harmonie herzustellen.

Zum Schluß weist der in Rede stehende Artikel auf allerhand geheimnißvolle französisch-deutsche Umtriebe hin, die von Berlin aus geleitet werden, und mit denen bezweckt wird, England von dem Handel im Congo-Bassin und Central-Afrika vollständig auszuschließen.

Wenn man nun in England nicht mit großem Mißtrauen gegen Deutschland erfüllt ist, so ist das sicherlich nicht die Schuld der „Times“. — Diese, welche die Absichten der deutschen Regierung, Dank den Offenbarungen der „National-Zeitung“, genau kennt, hat ihr Bestes gethan, um Deutschland zu verdächtigen. Sie reicht in dieser Beziehung dem „Standard“ die Hand, auf dessen Hetzereien wir schon aufmerksam machten, und giebt uns Veranlassung, von Neuem darauf hinzuweisen, daß heute in vielen englischen Publicationen das Bedürfniß zu Tage tritt, Unfrieden mit Deutschland zu säen.

* Als Commissarien des **Bundesraths** für die Berathung des deutsch-griechischen Handelsvertrages sind dem **Reichstage** die Geheimen Oberregierungsräthe Huber und Schraut und der Wirkliche Legationsrath Freiherr v. Richthofen bezeichnet.

* Die nächste Sitzung der **afrikanischen Conferenz** ist auf Mittwoch anberaumt. Von der Commission wurde in ihrer Zusammenkunft am Montag beschlossen, der Conferenz nachfolgende Declaration, betreffend den Sclavenhandel, zur Annahme zu empfehlen: „Declarationsproject, betreffend den Sclavenhandel, der Conferenz von der Commission unterbreitet. — Da nach den Grundsätzen des Völkerrechts, wie solche von den Unterzeichnungsmächten anerkannt sind, der Sclavenhandel untersagt ist und die Operationen, welche, sei es zu Lande oder zur See, dem Handel Sclaven zuführen, gleichfalls als untersagt betrachtet werden müssen, so erklären die Mächte, die in den Länderstrecken, welche das vereinbarungsmäßig festgestellte Becken des Congo bilden, Souveränetätsrechte oder Einfluß üben, daß diese Länderstrecken weder als Markt noch als Durchgangsstraße für den Handel mit Sclaven, gleichviel welcher Race, benutzt werden sollen. Jede dieser Mächte verpflichtet sich zur Anwendung aller ihr zugänglichen Maßregeln, um diesem Handel ein Ende zu machen und Diejenigen, welche ihm obliegen, zu bestrafen.“

* Die „**Kreuzzeitung**“ stimmt am Vorabend der Wiedereröffnung der parlamentarischen Saison wieder ihr Lieblingslied an, daß es nicht besser in Deutschland und Preußen werde, bevor der Staat vor Rom und Herrn Windthorst vollständig zu Kreuz gekrochen sei. Das ist der kurze und verständliche Inhalt über lange phrasenhafte Ausführungen. Die ultramontane Partei mag tagtäglich ihre antinationalen systematisch oppositionellen Ziele offener enthüllen, es mag sich immer klarer zeigen, daß ein moderner Culturstaat und zumal ein überwiegend protestantischer mit den heutigen Bestrebungen und Ansprüchen der vaticanischen Partei sich unmöglich vertragen kann, das hindert das Hauptorgan der preußischen Hochconservativen alles nicht, in der Unterwerfung unter Rom und das Centrum das Heil des Vaterlandes zu erblicken. Wir meinen im Gegensatz zur „Kreuzzeitung“, unsere politische Lage wäre erfreulicher und wir wären dem Frieden näher, wenn sich nicht die extremen Parteien von rechts und links fortwährend angelegen sein ließen, im Verein mit dem Centrum auf den „Culturkampf“ zu schmähen und die ultramontanen Ansprüche für ganz berechtigt zu erklären. Nichts hat die Curie so anspruchsvoll und Herrn Windthorst so mächtig gemacht, als die unwürdige Art, wie den ultramontanen Bestrebungen von Herrn Eugen Richter auf der einen und den Kreuzzeitungsmännern auf der andern Seite bei jeder Gelegenheit beigesprungen wird. Und wenn die „Kreuzzeitung“ ihre Betrachtungen mit der Ermahnung schließt, der Staat möge schleunigst aus eigener Machtvollkommenheit die kirchenpolitische Gesetzgebung ändern, soweit sie die religiös-kirchlichen Ueberzeugungen des katholischen Volkes verletzt, so fragen wir: Hat die „Kreuzzeitung“ schon einmal ernstlich darüber nachgedacht, bis zu welcher Grenze unter den heutigen Verhältnissen die Gesetzgebung des Staates Preußen gehen müßte, wenn die Leiter der ultramontanen Agitation die religiösen Ueberzeugungen des katholischen Volkes für sichergestellt erklären sollen?

* Die **bevorstehende Session des preußischen Landtags**, zu welcher soeben die Einladung auf den 15. Januar erlassen worden, ist voraussichtlich die letzte einer Legislaturperiode, welche eine für die Regierung ungewöhnlich günstige Zusammensetzung des Abgeordnetenhauses zeigte. Die conservativen Parteien sind in demselben so stark vertreten, daß nicht viel fehlt, so bildeten sie allein die Mehrheit. Jedenfalls genügt schon der Beitritt eines Theils der Nationalliberalen oder des Centrums, um eine Mehrheit zusammenzubringen, während andererseits die oppositionelle Mehrheit, wie wir sie jetzt im Reichstag rüstig bei der Arbeit sehen, die deutschfreisinnig-clericale im preußischen Abgeordnetenhause nicht vorhanden ist, wohl aber die im Reichstag vermißte conservativ-nationalliberale Mehrheit und die deutschfreisinnige Partei auf ein höchst bescheidenes Häuflein reducirt ist. Die beiden Bestandtheile der Oppositionsmehrheit sind sich denn auch Dessen wohl bewußt, daß ihre Position im Abgeordnetenhause eine weit ungünstigere ist, und haben darum mit gutem Bedacht den Schwerpunct ihrer Action in den Reichstag verlegt. Der Gedanke läge nahe, daß die Regierung die letzte Session eines ungewöhnlich günstig zusammengesetzten Abgeordnetenhauses benutzte, um noch auf verschiedenen Gebieten des Staatslebens wichtige gesetzgeberische Aufgaben, die ihr besonders am Herzen liegen, zu lösen. Gleichwohl geht man, wie es scheint, einer auf das allernothwendigste Material beschränkten Session entgegen und auf keinem einzigen Gebiete hat von Vorlagen ersten Ranges bis jetzt verlautet weder auf dem Gebiete der Verkehrsinteressen oder des Steuerwesens, noch auf dem der Kirchenpolitik oder der Verwaltungsreform. Wenn wirklich die preußische Regierung bei dem Plane der äußersten Selbstbeschränkung gegenüber der bevorstehenden Landtagssession bleibt, so mag sie von der Erwägung ausgehen, daß sie eine Ausnutzung der letzten Lebensdauer der gegenwärtigen Volksvertretung nicht nöthig habe, indem sie sich der zuversichtlichen Erwartung hingeben könne, daß die im Herbst bevorstehenden **Neuwahlen** ihr ein ungünstiger zusammengesetztes Abgeordnetenhaus nicht liefern werden. Wir halten diese Zuversicht auch keineswegs für unberechtigt, im Gegentheil, der wachsende Widerwille gegen die fortschrittlich-ultramontane Oppositionsmehrheit wird unseres Erachtens bei dem preußischen Landtagswahlsystem weit kräftiger zum Ausdruck kommen als bei den Reichstagswahlen. Es wird von Interesse sein, bei den demnächst beginnenden parallelen Arbeiten der beiden großen parlamentarischen Körperschaften zu beobachten, wie sich deren wesentlich verschiedene Zusammensetzung in ihrem Auftreten und ihrer praktischen Thätigkeit äußern wird.

* Unter den nicht allzu zahlreichen organisatorischen Veränderungen, welche in dem **nächstjährigen preußischen Etat** zum Ausdruck gebracht werden, beanspruchen diejenigen eine große Bedeutung, welche durch die Einführung der Verwaltungsreform für Hannover bedingt sind. Es gilt dort, die 6 Landdrosteien in ebensoviel Regierungen umzuwandeln, von denen nur eine Minderheit die einfache Gestalt der Regierung in Stralsund erhalten kann. Während es also einerseits um die Bildung einer Anzahl von neuen Schul- und Finanzabtheilungen mit ihren Nebeneinrichtungen, Katasterbureaux ꝛc. sich handelt, gelangt andererseits die Finanzdirection in Hannover zur Einziehung. Dasselbe findet mit den Consistorien statt, welche bisher die Schulangelegenheiten verwalteten. Die Einrichtung von 6 Regierungen, anstatt der von der Staatsregierung geplanten 3, wird jedoch einen nicht unerheblichen Mehraufwand verursachen. — Neben den im Ordinarium eintretenden Veränderungen bedingt der veränderte Raumbedarf extraordinaire Aufwendungen. Neubauten sind zunächst für Stade und Aurich, Erweiterungsbauten für Lüneburg und Hildesheim vorgesehen.

* Gegenüber einer der **Berliner Innungen**, dem Bund der Bau-, Maurer- und Zimmermeister, hat die höhere Verwaltungsbehörde dieser Tage wieder einmal von der Befugniß der Ertheilung der in §. 100e der Gewerbeordnung vorgesehenen besonderen Rechte Gebrauch gemacht. Diese Rechte bestehen darin, daß 1) Streitigkeiten aus den Lehrverhältnissen auf Anrufen eines der streitenden Theile von der zuständigen Innungsbehörde auch dann zu entscheiden sind, wenn der Arbeitgeber, obwohl er ein in der Innung vertretenes Gewerbe betreibt und selbst zur Aufnahme in die Innung fähig sein würde, gleichwohl der Innung nicht angehört, und daß 2) die von der Innung erlassenen Vorschriften über das Lehrlingswesen auch dann bindend sind, wenn der Lehrherr zu den unter 1 bezeichneten Arbeitgebern gehört. Diese Bestimmungen sind bekanntlich in der Novelle zur Gewerbeordnung vom Jahre 1881 enthalten. Zum großen Verdruß der Zünftler haben aber die Verwaltungsbehörden von dieser

SLUB
Wir führen Wissen.